

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsinhaber ist Herr ...

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreis monatlich inkl. Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21, / Geschäftsstelle u. Expedition: / Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18694, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-21, Ostbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtfunkpost: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 13. Juli 1927 Nummer 161

Wo bleibt die Hilfe?

Furchtbares Elend im Unwettergebiet / Die Regierung versagt / Keine umfassende Hilfsaktionen
Der Masseneinsatz von Erwerbslosen zur Rettungsarbeit und Wiederaufbau unbedingt erforderlich

Im Müglitztal

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Hier Tage sind seit jener furchtbaren Schneenacht vergangen, in der die entseelten Elemente in wenigen Stunden Tod und Verderben, grauenvolle Verwüstungen über eins der landschaftlich schönsten und stark industriellen Gebiete Sachsens gebracht haben. Tausende kleiner Leute, meist arme Häufler, Arbeiterfamilien und Gewerbetreibende wurden in furchtbares Elend gestürzt. Ihr Hab und Gut, der meiste Erfolg mühseliger Arbeit ganzer Gene-



Rote Frontkämpfer bei den Rettungsarbeiten

rationen ist vernichtet. Die Lage der Bedauernswerten ist verzweifelt. — Vergebens warten sie noch immer auf tatkräftige Hilfe.

Gewiß, die ungeheure Ausdehnung des Katastrophengebietes, die furchtbaren Verwüstungen, die ein rasches Vordringen in die am stärksten betroffenen Gebiete ganz außerordentlich erschweren, konnten manchen Mangel verständlich erscheinen lassen. Was aber nicht entschuldigt werden kann, das ist die Tatsache, daß — abgesehen von der Privatinitiative — die bedauernswerten Opfer der Naturkatastrophe noch gestern in den meisten Orten des Müglitztales ohne jede wirksame Hilfe und Unterstützung seitens der Behörden und der sächsischen Regierung waren.

Mitglieder unserer Redaktion und der Sonderkorrespondent der Roten Fahne unternahmen gestern mit dem Mitglied des Provinzialratstages, dem Genossen Bürgermeister Fritz Schreiber, Jizschwitz, eine weitere Fahrt in das Unwettergebiet. Die Eindrücke und die an Ort und Stelle bei den Betroffenen eingetragenen Erkundigungen bestätigen, daß nicht nur die Behörden der in Frage kommenden Amtshauptmannschaften, sondern auch die sächsische Regierung bisher vollständig versagt und den aus der Lage heraus erwachsenden Aufgaben sich in keiner Weise gewachsen gezeigt haben. Die Planlosigkeit und absolute Unzulänglichkeit der bis jetzt getroffenen Maßnahmen tritt überall klar in Erscheinung. Wenn der Not und dem Jammer der Betroffenen nur einigermaßen gesteuert werden soll, wenn die teilweise fast vollständig zerstörten Gebiete wieder aufgebaut werden sollen, dann ist ein sofortiger Einsatz gewaltiger finanzieller Mittel und der Masseneinsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte das dringende Gebot der Stunde.

Was ist bisher geschehen? Abgesehen von den offenbar notwendigen Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Unterbringung der Obdachlosen nichts, und das Wenige, was bisher getan wurde, ist der Erfolg privater Hilfeleistung. Die Reichswehr ist an einigen Orten eingesetzt — was aber bedeutet das bei diesen gewaltigen Zerstörungen? Die Zahl der Mannschaften ist viel zu gering, und die meisten Orte des Müglitztales, besonders im oberen Teile, sind noch gänzlich ohne Hilfe. Die Aufräumungsarbeiten schreiten nur langsam voran. Überall fehlt es an Arbeitskräften! Man muß die furchtbaren Bilder des grauenvollen Elends, die zu schildern eine Unmöglichkeit ist, gesehen haben, um zu verstehen, daß nur ein Riesenaufgebot aller Kräfte Linderung und Abhilfe schaffen kann. Monate, Jahre werden auch noch vergehen, um die schlimmsten Schäden zu verwickeln. Da diese Gesellschaftsordnung, ob diese Regierung dazu die Kraft, den Willen und die Mittel aufbringen wird, muß bezweifelt werden. Der jämmerliche Beschluß der Reichsregierung, vorläufig zwei Millionen zur Verfügung zu stellen, zeigt schon, daß eine wirkliche Hilfe nicht zu erwarten ist. Die Orte des Müglitztales sind fast nicht wieder zu erkennen.

Reichsrat und Zollwucher

Der Ablehnungsschwindel entlarvt / Die preußische Regierung stimmt zu

Berlin, 12. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie das Berliner Tageblatt erfährt, hat sich die preußische Staatsregierung in einer gestern abgehaltenen Kabinettsitzung mit der Zollfrage und der Behandlung im Reichsrat beschäftigt. Dabei hat die preußische Staatsregierung beschlossen, von einem Einspruch gegen die Zollvorlage jetzt abzusehen. Die Gründe, die die preußische Regierung dazu veranlassen, müssen selbst vom Berliner Tageblatt als wenig stichhaltig bezeichnet werden. Die Tatsache, daß Bayern nach der Annahme der Zollvorlage im Reichsrat nunmehr auch für die Zollvorlage im Reich stimmen wird, eine Tatsache, die angeblich für die preußische Regierung bei ihrem jetzigen Zustimmungsschritt maßgebend gewesen sein soll, ändert nichts daran, daß die preußischen Vertreter zusammen mit den sächsischen im Reichsrat eine Mehrheit haben, die nicht in Frage gestellt ist, und der es auch ohne bayerische Vertreter möglich ist, die Zollvorlage in den Ortus verschwinden zu lassen. Auch die Gefahr, daß die Reichsregierung im Falle eines Einspruchs durch den Reichsrat die autonomen Zölle, die im Sommer 1925 beschlossen wurden, in Kraft setzen würde, ohne den Reichstag zu befragen, eine Gefahr, die von Seiten der preußischen Regierung, den Sozialdemokraten, ausschließlich zur Verdeckung ihres ungeheuren Volksbeitrags angeführt wird, kann nicht ernst genommen werden. Das Verhalten der preußischen Regierung ist ein offener Verrat an den Interessen der gesamten Arbeiterklasse, ein offenes Eintreten für die Junkertafel.

Wir haben schon gleich vom ersten Tage an, als die Mitteilung ankam, daß die preußische Regierung im Reichsrat gegen die Zollvorlage gestimmt habe, den Arbeitern gesagt, sie dürfen

sich durch dieses Mandat nicht täuschen lassen. Die sozialdemokratische Presse schrieb, daß die unter sozialdemokratischer Führung stehende Regierung in Preußen die Zollvorlage zu Fall gebracht habe. Preußen, das heißt die SPD kämpfte gegen den Zollwucher. Wir schrieben schon damals, das es sich um ein schamloses Betrugsmanöver zur Unterstützung des Zollwuchers handele. Jetzt zeigt sich, da wir wieder einmal recht hatten, die nun den Sozialdemokraten geführte Regierung Preußens gibt ihren Widerstand auf, sie stimmt für die Wucherzölle. Die sozialdemokratische Opposition ist schon verrückt, sie zeigte sich als eine schöne Geste.

Mit Sachsen zusammen hatte Preußen die Möglichkeit, die Annahme der Zollvorlage zu verhindern. Jetzt erleben wir wahrscheinlich, daß der Vertreter der Selbst-Regierung gegen die Zollvorlage steht, während der Vertreter Preußens zustimmen wird.

Die Arbeiter können daraus wieder einmal den Wert der sozialdemokratischen Opposition erkennen. Die SPD hat es vermieden, durch außerparlamentarische Aktionen einen Kampf gegen den Zollwucher zu führen. Die sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften, auch die sogenannten „Linken“ führen keinen Kampf um höheren Lohn, um dadurch der Teuerung zu begegnen. Sie binden die Arbeiter mit der Kette der langfristigen Tarifverträge.

Für die Arbeiter gilt es jetzt, den Kampf um Erhöhung der Löhne aufzunehmen. In den Gewerkschaften heißt es nun, die Frage der Lohnkämpfe zu stellen.

Überall aber muß die Haltung der Sozialdemokratie in der preußischen Regierung gebrandmarkt werden. Jeder Arbeiter muß erkennen, daß dort, wo die SPD Regierungspartei ist, sie sich von den Weisheit und Geld nicht im geringsten unterscheidet.

weise davon überhaupt nichts mehr zu spüren. Eine braune Rechtsfront hat alles überzogen. Geröll, Holz, Baumstämme, Felsblöcke und fortgerissene Wohnungseinrichtungsgegenstände sind überall angeschwemmt. Wo die reißenden Wassermassen über Wiesen, Felder und Gärten hinweggebraust sind, ist der Erdboden fortgespült, der nackte Felsen freigelegt. Überall dasselbe Bild. Je höher man ins Gebirge hinaufsteigt, um so grauenvoller. Der Bahndörper und Heidenau bis hinauf ins Gebirge ist vollständig zerstört; stellenweise weder von Schienen noch Schwellen eine Spur zu finden. In Weesenstein wurde ein gewaltiger Betonstempel, auf dem der Bahndörper ruhte, aus den Ufermauern herausgerissen und eine Straße mitten im Flußbett niedergeworfen. Dort steht er nun, als ob Dämonen ihr graufiges Spiel getrieben hätten.

Besonders schwer heimgesucht ist der Ort Weesenstein. Etwa 200 Einwohner sind obdachlos, alle ihrer Habe beraubt. Eine Anzahl Häuser droht zusammenzustürzen. In den Bastertorwohnungen liegt meterhoch der Schlamm. Aus den Fenstern und Türen bläst das Grauen. Männer und Frauen

schaffen den Schlamm und Schutt heraus. Hier und dort finden sie im Dreck versunken dieses oder jenes Einrichtungsstück. Was nicht fortgeschwommen, ist unbrauchbar geworden. Nur das nackte Leben ist ihnen geblieben. Mit Mühe und Not sind sie dem Tode entronnen. Oben in dem prächtigen alten Schloß ist ein Teil dieser Armen notdürftig untergebracht. Die Todesangst und Schrecken jener furchtbaren Nacht spiegeln sich in den verzerrten Gesichtern jener Unglücklichen wieder. Die Verpflegung war bis gestern nur äußerst notdürftig: früh Kaffee und zwei gebräunte Schnitten, mittags Linfen oder Reis und am Abend trockenes Brot und etwas Wurst.

Auch gestern waren die Leute ohne weitere Hilfe. Von ihren Habegelegenheiten haben sie so gut wie nichts erhalten können. Das einzige, was einer Familie geblieben war, ist ein Federbett, das — vollständig durchnäßt — unbrauchbar geworden ist. Was die Leute auf dem Leibe hatten, das ist heute noch ihr ganzer Reichtum. Es fehlt ihnen an Wäsche und dem Allernotwendigsten. Ein altes, gebrechliches Mütterchen, das getretet wurde, hat der Schreck gelähmt.

Die in Weesenstein eingesetzte Reichswehr versucht zunächst, Straßen und Brücken für den Verkehr wieder herzustellen. Die Technische Rothilfe versagt vollkommen. Aufopfernde Arbeit leisten die Arbeiterkameraden. Von den Arbeitern wird lebhaft Beschwerde darüber geführt, daß die in den Industriebetrieben Heidenau beschäftigten Arbeiterkameraden für die Hilfeleistung von den Unternehmern nicht freigestellt werden.

Fast noch schlimmer sind die Verwüstungen der Katastrophe in den Orten oberhalb Weesensteins, in Mühlbach, Häselitz und Schlotzwick. Hier fehlte am Dienstag abend noch jede Hilfeleistung. Die Einwohner sind auf sich selbst angewiesen. Eine Abteilung Jungbo, die am Sonntag dort in Paradeuniform erschien, machte bald wieder kehrt. In Schlotzwick hat sich die Müglitz ein vollständig neues Bett gegraben. Die Straße und die harten, aus riesigen Steinen gemauerten Ufer sind vollständig weggespült. Viele Jentner schwere Steindämme sind Hunderte von Metern weit fortgeschwemmt. Dort, wo sich das Wasser gestaut hat, liegen riesige Haufen von Holz, Schlamm und Geröll. Sämtliche Brücken sind zerstört. Zwei Eisenbahnwagen sind von den Wogen vom Bahndörper fortgetragen, über die Straße hinweg an ein Gut geschleudert worden, und bilden so einen Schutz für das Haus, das zweifellos von den Wassermassen fortgespült worden wäre. Dort, wo früher die Straße war, sind jetzt tiefe Löcher, die von den Wasserstrudeln gerissen wurden. Getrocknete Baumstämme, Felsenquadern sperren den Weg. Mitten im Geröll liegt ein Piano, die Hälfte im Schlamm vergraben.

Am Ausgang von Oberschlottwick liegt die Herrenmühle. Das ehemals schmale Gebäude und der Hof mit der

Arbeiter! Gewerkschaftskollegen!

Eine Naturkatastrophe von nie gekannter Furchbarkeit hat die freundlichen Ortshäfen des Gottkeuba- und Müglitztales über Nacht in ein Trümmerfeld verwandelt. Hunderte von Menschenleben, darunter auch viele Gewerkschaftskollegen, sind dabei umgekommen und die Überlebenden befinden sich in bitterster Not. Ihnen muß geholfen werden. Der Bezirksanwohler hat aus eigenen Mitteln zwar bereits einen Betrag zur Verfügung gestellt; es ist aber zu wenig, um allen in Not geratenen Gewerkschaftskollegen tatkräftig zu helfen. Daher werden die Ortsanwohler und Gewerkschaften ersucht, auch ihrerseits ausreichende Beträge zu spenden und an uns einzuliefern. Außerdem müssen sofort Sammlungen veranstaltet werden. Nähere Anweisungen erfolgen durch Rundschreiben.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Landesverband Sachsen.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.